

Die Krise der Volksparteien

BAD HOMBURG Warum es besonders der SPD immer schwerer fällt, Wähler für sich zu gewinnen

In einer Online-Vortragsreihe des Forschungskolleg Humanwissenschaften geht es um den Zustand der SPD als Volkspartei. Das zweite Referat stammte von Professor Hans-Jürgen Puhle. Der Politikwissenschaftler befasst sich mit der vergleichenden Analyse liberaldemokratischer Systeme und Demokratietheorie, mit Blick auf die Entwicklung und den Wandel von Politik und Gesellschaft. Angesichts der aktuellen Lage – Bildung neuer Parteien am rechten Rand – stehe die parlamentarische Demokratie vor einer besonderen Herausforderung.

Puhle selbst kommt schnell zum Thema, schwenkt kurz auf die andere Seite des Atlantiks: „Das Problem der politischen Misere ist nicht so sehr Trump, sondern sind die Republikaner, die sich aufgeben haben, weil sie, von Opportunisten und Populisten ausgehöhlt, von Trump leicht gekapert werden konnten.“ Später wird Puhle sagen, dass, je mehr populistische Anteile eine Partei habe, desto stärker sie in Gefahr sei.

Doch die zentrale Frage ist, warum den Sozialdemokraten in vielen Ländern Europas die Wähler wegelaufen sind. Was ist passiert? Was trifft alle Volksparteien und im Besonderen die mitte-links Stehenden? Bei der SPD habe es an der abnehmenden Bindungskraft gelegen. Alle Volksparteien seien aus auf maximalen Zulauf. In den Vereinigten Staaten heißen sie „Catch-all-Partys“, Parteien, die alle erfassen wollen. Zunächst überwiegen konfessionelle und klassenbewusste Mitglieder. Mit dem Parteienwandel, von dem übrigens seit Jahrzehnten die Rede sei, habe sich das geändert.

Mit der Wende zum 20. Jahrhundert kam die Erscheinung der Massenpartei auf, straff organisiert, die gezielt über die Religion ihre Leute mobilisierte. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man über die Grenze des traditionellen Milieus hinaus neue Wählergruppen ansprechen. Catch-all wurde das beherrschende Prinzip.

Seit den 1970er Jahren gehen

Stimmen für Catch-all-Parteien aber zurück. Diffuse Links-Rechts-Orientierungen setzen sich durch. Plötzlich ist das Image wichtiger als Kompetenz. Wahlkämpfe wurden professionalisiert, die Wirkung des Fernsehens ausgeschöpft, in den USA schon um 1960, hier in den späten Sechzigern im öffentlichen rechtlichen Fernsehen, in den 1980ern dann in den privaten Sendern. In beiden Fällen ging es um Personalisierung und Simplifizierung. Im Wettbewerb um die wenigen Wechselwähler wurden die Parteien einander ähnlicher.

Opfer ihrer Ansprüche

Parteien, so Puhle, haben es nicht leicht: Sie sollen einheitlich und schlagfertig wirken, innen aber demokratisch sein. Sollen Leadership zeigen, aber nicht von einem Parteiführer dominiert werden. Schnell werden sie Opfer ihrer Ansprüche. Catch-all-Parteien sind anfällig, etwa wenn die Sozialpolitik

zurückgeschraubt werden muss. Die Wirtschaft, Finanz- und Strukturkrisen schlägt sich aufs Wahlverhalten nieder. Ralf Dahrendorf etwa sah schon zu Beginn der Achtzigerjahre das Ende der SPD als Volkspartei gekommen, weil sich erfüllt habe, wofür sie einst gekämpft hatte: der Aufstieg einer Gesellschaftsschicht.

Puhles Credo lautet dennoch: „The Party is not over.“ Politische Parteien bleiben unerlässlich für das Funktionieren der Demokratie. Parteien sind Multiplikatoren. Jede Gruppierung, die mit dem Antiparteien-Effekt gestartet war, ist als Partei geendet. Parteien haben immer noch das Monopol auf die Rekrutierung politischer Eliten und die Regierungsbildung. Rückläufig ist indes ihre Mobilisierungsfunktion.

Die Vorträge zur Lage der SPD sind über Youtube unter dem Stichwort „Forschungskolleg Humanwissenschaften SPD“ anzuhören.

MARTINA DREISBACH